

Sturz ins tiefe Loch

Nach dem Abschied von der großen Bühne kommen viele Politiker hart im wahren Leben an. Manche geraten sogar in echte Existenznot

Abgekämpft sind sie, müde. Gleich soll die Weihnachtsfeier beginnen. Da hören einige Abgeordnete von CDU und CSU nicht mehr genau hin, was vorm im Fraktionsaal besprochen wird. Doch bald geht es nicht mehr um Routine. Eine traurige Geschichte kursiert. Die Parlamentarier hören vom Schicksal eines 47-Jährigen, der krank ist und von Arbeitslosengeld II lebt. Sie wollen eine Sammelaktion starten. Es ist ein früherer Kollege.

Die Geschichte vom Not leidenden Ex-Parlamentarier klingt bei monatlichen Diäten von 7339 Euro (ab Januar 7668 Euro) eher nach Kollegenklatsch als nach Realität. Doch Maria Kreiner weiß es besser. Ihre Dissertation ist eine „Verbleibstudie über ehemalige Bundestagsabgeordnete“. Ein Ergebnis: „Manche stehen von heute auf morgen vor dem Nichts.“ Politiker, die Spitzenjobs in der Wirtschaft fänden, vermittelten ein trügerisches Bild. Das Übergangsgeld – pro Parlamentsjahr gibt's einen Monat Zahlungen in Höhe der Diäten – reicht da nicht lange.

Lilo Friedrich kennt das. Die SPD-Politikerin verdient heute als Putzfrau ihr Geld. Als sie 2005 nach sieben Jahren im Bundestag die Rückkehr dorthin verpasste, dachte sie: „Wer Arbeit will, kriegt auch welche.“ Doch jeder Versuch der gelernten Näherin, einen Job in der Pflege oder als Verkäuferin zu bekommen, scheiterte. „Zu alt“, „überqualifiziert“ – neben üblichen Kommentaren hört die Rheinländerin, 59, oft eine böse Extrafrage: „Kriegen Sie nix über Ihre Partei?“ Als es für die achtköpfige Familie eng wurde, gründete Friedrich 2006 eine Firma. 15 Frauen sind heute „Lilos mobiles Haushaltsteam“. 12,50 Euro zahlt der Kunde pro Stunde – reich wird man so nicht. „Alle fragen: Wieso geht die putzen? Die denken, ich hätte Geld im Keller gestapelt“, witzelt Friedrich. Die Altersentschädigung für Bundestagsabgeordnete gibt's künftig erst ab 67.

Friedrich ist ein Extremfall, aber kein

Einzelfall. Neun Prozent der Ex-Bundestagsabgeordneten aus dem Osten wurden laut einer Abgeordnetenbefragung von 2004 nach dem Mandatsverlust arbeitslos, weil zum Beispiel ihre Kombinate nicht mehr existierten. In Westdeutschland waren zwei Prozent ohne Job. Bei den Kämpfen um Wahlkreise und Listenplätze entscheiden Parteifreunde also gerade über Karrieren – und Existenzen. Da kann es ein Nachteil sein, wenn man als FDP-Mann aus dem Saarland kommt. Dort ist für einen Liberalen höchstens Platz eins sicher. Und den bekam Karl Addicks nicht wieder. „Um mich muss sich aber keiner Sorgen machen“, beteuert er. Er sei ja nicht wegen der Altersversorgung in den Bundestag gegangen. „Es wäre doch gelacht, wenn ich als vielsprachiger Mediziner mit Auslandserfahrung nichts finden würde“, meint Addicks. Er ist 57.

Viele Menschen stellten sich etwas völlig Falsches über die Sicherheit von Abgeordneten vor, sagt Eva Möllring, 53. Die CDU-Politikerin kehrt im Herbst nicht in den Bundestag zurück, wurde von einer Konkurrentin aus dem Feld geschlagen. Sie will weiter an der Spitze der Frauenunion mitarbeiten, sitzt im NDR-Rundfunkrat und hat ein „Angebot einer renommierten Anwaltskanzlei, als Mediatorin zu arbeiten“. Ihr geht es also gut. Silke Stokar, 55, von den Grünen hat es zwar nicht mehr auf die Liste geschafft. Die Niedersächsin aber verkündet kess: „Mich interessiert das Loch, in das ich falle.“

Doch der seelische Absturz kommt oft erst später, hat die Wissenschaftlerin Kreiner in Gesprächen mit Ex-Parlamentariern erfahren. Einige hätten „geweint“. Jahrelang im Mittelpunkt stehen, komfortablen Fahrdienst nutzen, umschmeichelt werden: Da heben viele ab – und landen umso härter in der neuen Wirklichkeit. Von „erheblichen Integrationsschwierigkeiten“ berichtet Kreiner. Volksvertreter fern-

ab vom Volk? Gern erzählen sie zwar, was ihnen Pförtner oder Fahrer, sozusagen ihre Kontakteleute aus dem wahren Leben, ans Herz legen. Doch Abheben sei in dem Extremjob unvermeidlich.

Der frühere FDP-Spitzenpolitiker Klaus Kinkel ist einer, der offen mit dem Problem umgeht. Da er nicht nur acht Jahre im Parlament saß, sondern vor allem belastende Regierungsämter (Justiz- und Außenminister) innehatte, war die „notwendige Resozialisierungsphase“, wie er es nennt, besonders ausgeprägt. Nach langen Jahren in der Politik fühlte er sich zunächst ein wenig wie die Mutter im Film „Good Bye, Lenin“, die nach dem Ende der DDR im veränderten Umfeld nicht mehr zurechtkommt. Kinkel erinnert sich an einen ersten Besuch bei einer Bank nach dem Ausscheiden aus der Politik. Früher hatte dort immer seine Frau Geld abgehoben. Da er weder eine Geldkarte vorweisen noch seine Kontonummer nennen konnte, hob er, als die Mitarbeiter ihn zum Glück erkannten, einen besonders hohen Betrag ab – „weil es mir so peinlich war“. Dass die Welt in den vergangenen Jahren „richtiggehend entpersonalisiert und anonymisiert“ worden sei, erschwere die Rückkehr ins normale Leben zusätzlich.

Bei der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen verteidigte Kreiner kürzlich die Abgeordneten – aus Überzeugung. Dass deren Ruf „kaum besser ist als der von Zuhältern“, hält sie für einen Skandal. Auch die Klage, dass das Parlament eine Art Recyclinghof des öffentlichen Dienstes sei, findet sie nicht fair. Schließlich sei in vielen anderen Sparten eine Rückkehr unmöglich. Braucht das Land ein neues System, um Mandatsträger zu gewinnen? Kreiner würde fürs Erste etwas anderes reichen: „etwas mehr Anerkennung“.

MARGARETE VAN ACKEREN